

Mit neuen Spielregeln gegen den Strich

Im 15. Bezirk wird seit Jahrzehnten angeschafft - fast genauso lange gehen Anrainer gegen den Straßenstrich auf die Barrikaden

Jetzt bemüht sich der Bezirk wieder einmal um eine "umfassende Lösung"

In der Bar hielt es Irina nicht lange aus. "Da muss man immer trinken. Und ich kann nicht viel trinken", sagt die junge Bulgarin im roten Mini. Seit acht Monaten arbeitet Irina als Prostituierte im 15. Bezirk. In den ersten paar Wochen warb sie an der Bar eines Nachtlokals um Freier, jetzt wartet sie lieber in einer Seitengasse der Äußeren Mariahilfer Straße auf Kundschaft. "Ich arbeite gern allein", sagt die 28-Jährige.

Irina ist eine von 1728 Frauen, die derzeit in Wien legal als Prostituierte ihr Geld verdienen. Ein Gutteil dieser Frauen geht in Rudolfsheim-Fünfhaus auf den Strich. Seit Jahrzehnten ist der Bereich Äußere Mariahilfer Straße stadtbekanntes Rotlicht-Grätzl.

Zwischen 200 und 400 Frauen schaffen dort jede Nacht an. Fast genauso lange bekämpfen Anrainer den Straßenstrich vor ihrer Tür. Wobei der Ärger erst so richtig losging, seit vor ein paar Jahren die gesamte Äußere Mariahilfer Straße zur Schutzzone erklärt wurde. Denn die Sexarbeiterinnen weichen jetzt auf die ruhigen Gassen rund um die Durchzugsstraße aus und verhandeln dort bis zum Morgengrauen lautstark mit Freiern. "Die Verdrängung in die schmalen Seitenstraßen ist hochproblematisch", sagt Eva Van Rahden, Leiterin der Beratungsstelle "Sophie", wo jährlich gut 300 Sexarbeiterinnen vorbeischauen. "Dürften die Frauen auf ohnehin lauten Durchgangsstraßen stehen und müssten nicht in die Gassen ausweichen, glaube ich, würden sich Anrainer weit weniger belästigt fühlen." Weil sich die Anrainerproteste derzeit aber gerade wieder häufen, bemüht sich Bezirksvorsteher Gerhard Zatlöckl gemeinsam mit der Stadtregierung um eine "umfassende Lösung" des uralten Dauerproblems.

Spielregeln neu gestalten

"Wir müssen die Spielregeln neu gestalten", sagt der rote Bezirkspolitiker. Frühestens in einem Jahr rechnet Zatlöckl mit ersten Ergebnissen. Die Verdrängung in unbewohntes Gebiet könne allerdings keinesfalls Ziel dieser Bemühungen sein, sagt SPÖ-Gemeinderätin Sybille Straubinger. "Die Prostituierten würden dann noch gefährlicher leben und die Polizei hätte noch weniger Einblick." Derzeit führt die Exekutive verstärkt Kontrollen im 15. Bezirk durch. "Das ist eine bewusste Maßnahme, denn wir spüren in letzter Zeit einen starken Zustrom", sagt Peter Goldgruber, Leiter der sicherheitspolizeilichen Abteilung in Wien. "Es sind vermehrt illegale Sexarbeiterinnen ohne Gesundheitsuntersuchung unterwegs." Laut Goldgruber habe es zuletzt eine ganze Reihe von Anzeigen und Verhaftungen gegeben, künftig wolle man sich allerdings nicht nur auf die Prostituierten konzentrieren. "Wir haben uns bisher zu wenig den Freiern gewidmet, das wird sich in den nächsten Wochen ändern."

Bis heute gilt Prostitution laut einem Urteil des Obersten Gerichtshof aus den Achtzigern als "sittenwidrig." Was zur Folge hat, dass Prostituierte kein Dienstverhältnis eingehen und keine Honorare einklagen können. "Prostitution wird in Österreich immer moralisch

SOPHIE-BildungsRaum für Prostituierte Pressespiegel

Der Standard

04. November 2008

abgehandelt und als Problem dargestellt", sagt van Rahden. "Fakt ist, dass es eine Nachfrage gibt und man deshalb versuchen muss, das Ganze so zu strukturieren, dass man miteinander leben kann."

Im 15. Bezirk dürfen Sexarbeiterinnen, die einen "Deckel" haben - also bei der Polizei registriert sind -, außerhalb der Schutzzonen rund um öffentliche Gebäude ab 20 Uhr auf der Straße stehen. "Die Nachfrage besteht allerdings auch am Tag", sagt van Rahden, "weshalb viele Frauen verbotenerweise auch am Tag auf der Straße anbahnen und dann im Gefängnis landen." Dass die Polizei derzeit sehr viele Geldstrafen verhängt, verschärft laut van Rahden die Situation der Frauen. "Manche haben bis zu 20.000 Euro Schulden aufgrund von Verwaltungsstrafen und müssten Tag und Nacht arbeiten, um sie abzubauen - wodurch sie weitere Strafen riskieren." (Martina Stemmer/DER STANDARD-Printausgabe, 04.11.2008)